



### Aus dem Gemeinderat

#### *Steuersenkungen abgelehnt*



Bereits vor einem knappen Jahr hatte die FDP in einer Sitzung des Gemeinderats einen Antrag zur Senkung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer angekündigt. Dieser Antrag wurde am 15.12.2008 durch CDU und SPD

abgelehnt.

Die FDP-Fraktion stellte den Antrag am 23.09.2008 zum kommunalen Haushalt 2009. Von der Aktualität dieses Antrags aufgrund der aktuellen Finanzkrise dachte derzeit niemand.

Hintergrund des Antrags waren die erheblichen Zugewinne der Gemeinde bei der anteiligen Einkommenssteuer, bedingt durch die zahlreichen Steuererhöhungen unserer Bundesregierung. Kaum ein Arbeitnehmer in unserer Gemeinde hatte in den letzten beiden Jahren eine Lohn- oder Gehaltserhöhung von 4 %. Die Gemeinde erzielte im gleichen Zeitraum einen Zuwachs bei den Einkommensteueranteilen von 12,2 % oder 299.000 €. Als Ratsmitglied haben wir auf diesen Zuwachs durch Bundesgesetze keinen Einfluss.

Alle Arbeitnehmer, Gewerbetreibende und Selbstständige in unserer Gemeinde haben diesen Zuwachs bei der Einkommensteuer erwirtschaftet. Schon immer stand die FDP für eine ausgewogene Steuerpolitik.

Da der Gemeinderat aber die Hebesätze der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer bestimmt, stellen wir den Antrag, diese Gemeindesteuern zu senken. So hätten wir in Gangelt einen gerechten Ausgleich für alle Bürger zu den erheblichen Steigerungen bei der Einkommensteuer.

Unser Vorschlag war ein Verzicht bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer von rund 90.000 €. So würde der Gemeinde immer noch ein Überschuss von über 200.000 € bei der Einkommensteuer verbleiben.

Unser Vorschlag wurde von der Verwaltung abgelehnt, da so die „fiktiven Hebesätze“ des Landes NRW unterschritten werden und so die Schlüsselzuweisungen sinken.

Schlüsselzuweisungen sind Gelder des Landes an die Kommunen, die dem Finanzausgleich zwischen „armen und reichen Kommunen“ dienen, also einer gerechte Aufteilung der Steuerneinnahmen.

Fiktive Hebesätze sind angenommene Hebesätze, die bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen genau so viel Einfluss haben, wie ein Ochse bei der Milchproduktion. Fiktive Hebesätze dienen nur als Messgröße bei Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden.

Schlüsselzuweisungen werden nach der „normierten Steuerkraft“ einer Kommune berechnet. Die Auskunft der Verwaltung war schlichtweg falsch und somit unbegründet.

Die CDU begründete die Ablehnung unseres Antrags damit, dass eine Steuersenkung die Vereinsförderung beeinträchtigt. Bei rund 200.000 € Mehreinnahmen würden die Vereine weniger Zuschüsse bekommen würden. Hier ist wohl weiterer Kommentar überflüssig...

Bürgermeister Tholen begründete seine Ablehnung damit, dass er die Gebühren für Abfallbeseitigung, Abwasser und Friedhöfe in 2009 nicht erhöhe. Er vergaß jedoch zu erwähnen, dass diese Gebühren nutzerabhängig sind. Ganz einfach: Steigen die Kosten der Entsorgung, steigen auch die Gebühren.

Übrigens konnten Erkelenz, Heinsberg, Hückelhoven, Selfkant, Übach-Palenberg und Wassenberg die kommunalen Gebühren senken.

Die SPD hatte keine Meinung dazu und schloss sich der CDU an.

Nur die FDP hat für diese Begründungen kein Verständnis und besteht weiter auf eine Senkung der der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer.

***Wünschen Sie hierzu weitere Informationen, sprechen Sie uns an.***

***Ihre FDP-Fraktion Gangelt***

## Steuerhebesätze im Kreis Heinsberg

Platz	Kommune	Gewerbesteuer
1	Gangelt	403
2	Wegberg	403
3	Selfkant	400
4	Erkelenz	400
5	Hückelhoven	400
6	Übach-Palenberg	399
7	Wassenberg	395
8	Waldfeucht	390
9	Geilenkirchen	380
10	Heinsberg	340

Platz	Kommune	Grundsteuer B
1	Hückelhoven	400
2	Gangelt	381
3	Wegberg	381
4	Selfkant	380
5	Erkelenz	380
6	Geilenkirchen	380
7	Übach-Palenberg	379
8	Wassenberg	375
9	Waldfeucht	370
10	Heinsberg	350

### „Steuern runter“ bringt neue Jobs

Andere Länder haben längst den Beweis erbracht – sinken die Steuern und Abgaben, ist auch die Arbeitslosigkeit niedriger:

Land	Steuern und Abgaben	Arbeitslosenquote
Deutschland	52,5%	8,8%
Kanada	32,1%	6,8%
Großbritannien	33,9%	4,8%
Irland	23,1%	4,4%
Schweiz	29,7%	4,5%
Norwegen	37,3%	4,6%
Portugal	36,3%	7,6%
Japan	28,8%	4,4%
Australien	28,1%	5,1%
USA	28,9%	5,1%
Neuseeland	20,9%	3,7%

(Quelle: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit – OECD, Internationale Arbeitsorganisation – ILO)

## Nettoeinkommen auf dem Stand von vor 20 Jahren



Die Arbeitnehmer konnten sich in den letzten 20 Jahren für ihren Lohn nie so wenig kaufen wie im vergangenen Jahr. Die Nettoeinkommen sind mit 15.845 Euro auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gesunken, geht aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor. Das liegt daran, dass die Lebenshaltungskosten stärker gestiegen sind als die Nettolöhne. Den statistischen Angaben zufolge haben die Bruttolöhne im vergangenen Jahr mit 26.736 Euro je Arbeitnehmer – das sind 2.228 Euro im Monat – zwar den höchsten Wert seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht. 1991 waren es erst 19.719 Euro im Jahr oder 1.643 Euro im Monat gewesen. Das ist ein Anstieg um 35,6 Prozent. Die Nettolöhne stiegen seit 1991 von 13.688 (monatlich: 1.141) Euro jedoch nur um 27,4 Prozent auf 17.445 (1.454) Euro. Dem standen Verbraucherpreissteigerungen von 34,4 Prozent gegenüber. Verantwortlich für die schlechte Entwicklung der Nettolöhne waren danach die steigenden Abzüge vom Bruttolohn. Diese erreichten mit 9.291 Euro den höchsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik. (Quelle: FAZ, 25. September 2008)

## Neue Freunde für die Freiheit

### *FDP sieht sich als Mitglieder- und Dialogpartei*

Liberaler Politik lässt sich nur verwirklichen, wenn es genügend Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich persönlich einsetzen.

Wir würden uns auch über Ihre Bereitschaft freuen, die Idee der Freiheit aktiv zu unterstützen.

Wir laden Sie deshalb sehr herzlich zu unserem Parteitag am Montag, den 02.02.2009, ab 19:30 Uhr, Restaurant „Haus Derichs“ in Birgden, ein.

*Mit freundlichen Grüßen*

*Lia Götz, Vorsitzende*